Nr. 230. 17. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3412) ohne Brf.-geld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentl. 30 ₰ frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Stenzel in Hamburg.

Freitag, den 2. Oktober 1903.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet. Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux. Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Die „reaktionäre“ Sozialdemokratie.

„Splendid isolation!“ In pracht- und machtvoller Isoliertheit, weder von rechts noch von links Unterstützung verlangend, der eigenen Macht vertrauend, will der preußische Nationalliberalismus in den Wahlkampf marschieren. So ward vorigen Sonntag auf dem Parteitag in Hannover beschlossen. „Der Starke ist am mächtigsten allein.“ Ein heroischer Geist ist in die Partei gefahren — den großen Worten nach — und hat den erloschenen Liberalismus aus der Asche wieder zu heller Flamme aufgeblasen — mit dem Blasebalg der Phrase. „Unsere Aufgabe ist es, den Rückschritt an jeder Stelle und in jeder Form zu bekämpfen“, trompetet der Wahlaufruf in der Einleitung.

Zunächst also: Los von den Konservativen, die im Bunde mit dem Zentrum das Reich mit „Rückschritt und Rückständigkeit bedrohen“, wie es weiter heißt. „Rückschritt“ zielt auf ein Schulgesetz à la Zedlitz; „Rückständigkeit“ auf den Kanal. Die unverkürzte Wiedereinbringung der Kanalvorlage, erklärt der Wahlaufruf, müsse eine der ersten Forderungen der nationalliberalen Partei sein, ihre Verwerfung durch die konservativ-klerikale Mehrheit habe die wirtschaftliche Entwicklung schwer geschädigt.

In der Diskussion machte der Reichs- und Landtagsabgeordnete Wallbrecht die sensationelle Mitteilung, daß seinerzeit für den Kanalbau 100 Millionen aus privaten Mitteln beisammen waren, weitere 200 Mill. zu übernehmen war der verstorbene Bankdirektor Siemens bereit. Man hielt das geheim, weil man die Intrigue der Kanalgegner fürchtete. Der damalige Reichskanzler Hohenlohe stand der Sache sympathisch gegenüber. Der Minister v. Thielen, der Autor des Wortes „Gebaut wird er doch!“ überwies sie einer Kommission. Nach 6 Monaten aber erfolgte der Bescheid, die Konzession zum Kanalbau werde nicht erteilt, trotz der vorhandenen Geldmittel. — Das läßt tief blicken!

Obgleich also die nationalliberalen Herren vom großen Kapital an dem Kanalbau so großes Interesse hatten, haben sie dennoch beim Zolltarif dieser selben konservativ-ultramontanen Mehrheit die Steigbügel gehalten und ihre Machtposition damit nicht wenig verstärkt, statt sie zu schwächen, wozu sie die beste Gelegenheit hatten! — Und da soll man glauben, daß sie jetzt ernsthaft von ihr abrücken! Bei den Wahlen mag sein, da ein Kompromiß mit den Konservativen nichts anderes als eine societas leonina für sie wäre; aber hernach? Es wird kommen wie beim Ritter Tannhäuser: „O Venus, schöne Frau zart, Ihr seid eine Teufelinne. Verlassen will ich Euch jetzund, Leid schafft mir Eure Minne.“ Bald aber: „Der Ritter Tannhäuser, er wandelt so rasch, die Füße, die wurden ihm wunde. Er kam zurück in den Vennsberg“ — man kennt das weitere.

Ach, die Reize der reaktionären Venus sind für die nationalliberalen Sinne viel zu bestrickend, als daß sie sich von ihnen losreißen könnten, und der Aufruf selber bekundet das mit naiver Offenherzigkeit. In der Stelle nämlich, wo er nach links Front macht, erklärt er die Sozialdemokratie für eine rückschrittliche Partei! „Der Kampf gegen diese in Wahrheit rückschrittliche Partei bleibt nach wie vor unsere nationale und liberale Pflicht.“

Man hat uns schon alles mögliche Böse nachgesagt, aber daß man uns je einmal eine reaktionäre Partei tituliert, hätten wir uns niemals träumen lassen. Und das ist nicht etwa die Biertischkannegießerei eines angesäuselten Spießers, sondern wird uns parteioffiziell bescheinigt. Wir sind niedergeschmettert, denn die einzig fortschrittliche Partei zu sein, war unser höchster Stolz. Doch: „Duld' auch das noch, mein Herz, Du hast schon vieles erduldet!“ sagt Odysseus.

Indessen „ist es auch Wahnwitz, hat es doch Methode“. Dem, der im Eisenbahncoupé nach rückwärts sitzt, scheint ja der Zug sich rückwärts zu bewegen, statt vorwärts. Vom Interessenstandpunkt des Liberalismus gesehen, muß tatsächlich die sozialdemokratische Bewegung rückläufig erscheinen. Fallen wir doch dem rasenden Galopp der kapitalistischen Plusmacherei kräftig in die Zügel. Fordern wir doch Einschränkung der Unternehmerautokratie, gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter gegen ausbeuterischen Absolutismus. Das haben die Herren früher im Namen des liberalen Prinzips bekämpft, als freiheitswidrig („Freiheit, die ich meine“), was oft genug unserseits verhöhnt wurde, weshalb sie nun eine neue Formel dafür ausgeheckt haben. Reaktionär sind wir auch, weil wir den einseitigen und kulturwidrigen Nationalismus bekämpfen, denn „fortschrittlich“ ist: sich über alle anderen Nationen überheben. Reaktionär sind wir, weil wir den Militarismus bekämpfen, denn Fortschritt heißt, das ganze Reich in eine große Kaserne verwandeln und alle Verhältnisse mit Gamaschengeist infizieren. Reaktionär sind wir, weil wir billig Lebensmittel für die Massen wollen, denn der Fortschritt heischt, sie möglichst verteuern, um den Junkern und dem Fiskus die Taschen und Kassen zu füllen. Reaktionär ist Männerstolz vor Königsthronen, Fortschritt byzantinisches Schweifwedeln. Und vollends unser Endziel: Ist es nicht der Gipfel der Reaktion, nach einem gesellschaftlichen Zustand zu streben, in dem alle, die ihre Arbeitspflicht erfüllen, ein reichliches Auskommen haben und an sämtlichen materiellen und idealen Kulturgütern teilnehmen können, statt daß der Fleiß darbt und der Müssiggang praßt! Ist es nicht verständlich, daß ein Rentier, der dem lieben Gott die Tage abstiehlt und dabei ein Schlaraffenleben führt, in der sozialistischen Gesellschaftsform, die jedem Arbeitsfähigen zumutet, etwas Nützliches zu treiben, einen Rückschritt erblickt!

Die Etiketten vertauschen, falsche Etiketten auf Flaschen kleben, um Sudel als Nektar an den Mann zu bringen, ist nicht nur im Weinhandel spitzbübische Praktik. Schon der alte Prophet Jesajah stellt diejenigen an den Pranger, die „Licht Finsternis und Finsternis Licht nennen“, wie es noch heute von den Ultramontanen mit Vorliebe geschieht. Daß ihnen hierin die Nationalliberalen ebenbürtig sind, beweisen sie mit der Charakteristik der Sozialdemokratie als rückschrittliche Partei.

Von der Weltbühne.

Handelsminister und Bergarbeiter. Der preußische Handelsminister Möller hat bei seiner Anwesenheit in Saarbrücken eine Bergarbeiterdeputation empfangen und in der Ansprache an die Deputation u. a. gesagt:

„Ihr habt alle Ursache, Vertrauen zu haben zu der Behörde, die Euch die Arbeit zu geben in der Lage ist. Niemals müßt Ihr vergessen, daß Ihr nicht allein um Euer selbst willen da seid, ebensowenig, wie wir es sind, sondern, daß wir alle da sind, um unser Staatsgebilde, unser Reich hochzuhalten, daß alle, die in dem Reich leben, gleichmäßig beteiligt sind an den Wohltaten, die die Macht des Reiches ausstrahlt. Wenn Ihr immer treu zu uns haltet, wie wir die Absicht von jeher hatten, treu zu Euch zu halten, so wird es Euch und uns und dem Deutschen Reiche wohlergehen.“

Saarbrücken ist das Revier, in dessen Nachbarschaft Stumm herrschte, und da dürfen die Arbeiter nicht empfinden, daß es ein Unterschied ist, ob sie bei Stumm oder beim preußischen Staate in Arbeit stehen. Stumm hielt auch jedes Jahr eine Rede und liebte es auch, die Arbeiter immer fühlen zu lassen, daß sie Knechte seien. Er nannte dies ein „patriarchalisches Verhältnis“. So redet auch Möller. „Ihr“, „Euch“, das sind die Anreden des Ministers an die Arbeiter, die im Dienste desselben Staates stehen, in dessen Dienste auch er steht. Warum redete er von den Wohltaten des Reiches? Für alle Rechte, die das Reich bietet, haben die Arbeiter auch Pflichten zu erfüllen. Werden aber Rechte und Pflichten den einzelnen Klassen genau abgemessen, dann wird sich herausstellen, daß bei den Arbeitern die Pflichten und bei den Besitzenden die Rechte überwiegen.

Besser wäre es gewesen, wenn der Minister über die Stellung der Arbeiter zum preußischen Staat gesprochen hätte, zumal der Staat aus den Erträgnissen der Bergarbeiter hohe Profite einheimst. Die Löhne in den Staatswerken sind niedriger als im Ruhrrevier, und die Abhängigkeit ist größer als irgendwo anders. Wir erinnern nur daran, daß 1892 vierhundert Bergarbeiter gemaßregelt wurden und seitdem dauernd von der Arbeit fern gehalten werden, weil sie von dem gesetzlichen Recht, dem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hatten. Ist das Koalitionsrecht eine Wohltat, die das Reich „ausstrahlt“, dann hatten die Arbeiter das Recht, den Minister zu fragen, weshalb ihnen es verweigert wird. Der preußische Staat macht gemeinsame Sache mit den schlimmsten Scharfmachern. Im Saarrevier folgte die Bergwerksleitung den Befehlen Stumms. Will Möller mit dem Reichsrecht prahlen, dann mag er dafür sorgen, daß die Arbeiter der Staatswerke nicht länger Arbeiter zweiter Klasse sind. Will der Staat das nicht, dann möge er wenigstens die Löhne zahlen, die die Arbeiter sich sonst durch das Koalitionsrecht erringen können. So lange der Staat niedrigere Löhne zahlt als Privatunternehmer und den Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthält, muß man annehmen, daß die Arbeiter entrechtet werden, um die Profite des Fiskus zu steigern.

Die „westfälischen“ Polen. Dem nationalliberalen „Hannoverschen Courier“ wird geschrieben:

„Seit Jahren schreibt man über die Polengefahr in den Ostmarken, und während dessen haben sich die Polen in Westfalen in aller Stille Schritt für Schritt ein neues Gebiet erobert. Macht man eine Spazierfahrt durch das Industriegebiet des Landes der „roten Erde“, so bemerkt man, besonders in den ländlichen Gegenden, vollständig polnische Niederlassungen, und jede Stadt hat ihr eigenes „polnisches Viertel“, wo der polnische Nationalkult in der gefährlichsten Weise seine Blüten treibt. Vor etwa 12 Jahren ergab die Volkszählung in Westfalen eine Polenbevölkerung von rund 25 000 Personen. Die Kreise Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund und Recklinghausen, die den Mittelpunkt der westfälischen Industrie bilden, weisen nach der neuesten Volkszählung Gebiete auf, wo das polnische Element bis zu 50 pZt. der Bevölkerung vertreten ist. Während in den 60er Jahren in Westfalen überhaupt kein polnischer Arbeiter zu finden war, zählt die neueste Statistik 162 578 Polen in diesen vier Industriezentren. In einzelnen Ortschaften ist das polnische Volk so stark ansässig, daß die Deutschen wie Fremdlinge erscheinen und sich zum Teil sogar den polnischen Gewohnheiten anpassen. Hier sind vorherrschend: polnische Verkaufsläden, Schilder, Trachten, Sprache, Vereine und Zeitungen, kurz: das „Polenreich in Westfalen“! So in Bankau und Horsthausen im Bochumer Bezirk, wo 38 Proz. bezw. 49 Proz. der Bevölkerung Polen sind, Habinghorst 39 Proz., Bismarck 40 Proz., Bulmke 35 Proz., Hülben 47 Proz. (Bezirk Dortmund) und im Bezirk Recklinghausen, wo in Herten 35 Proz. und in Bottrup 43 Proz. dem Polentum angehören. In den übrigen Orten dieser vier Industriebezirke ist die Bevölkerung durchschnittlich zu einem Viertel polnisch. Unter den 162 578 Polen, die hier wohnen, sind 59 732 Männer, 35 531 Frauen und 66 295 Kinder unter 14 Jahren, davon sind rund 25 000 schulpflichtig. (Im Bezirk Gelsenkirchen sind z. B. 21,9 Proz. der Schulkinder Polen.) Von den 162 578 Polen (darunter 43 696 Masuren) sind über 111 000 katholisch und über 50 000 evangelisch. Zu diesen letzteren gehören die Masuren. Es ist übrigens bedauerlich, daß die Masuren einfach zu den Polen gerechnet worden sind, wie es in der Statistik geschehen ist; denn sie unterscheiden sich durch Abstammung, Sprache und Religionsbekenntnis von ihnen; vor allem aber sind sie zum größten Teil gut preußisch gesinnt und bilden keine eigentliche Gefahr für das Deutschtum. Es ist klar, daß bei einem so starken Bestand das Polentum immer gewaltiger in das öffentliche Leben eingreift. In Kirchenvorstände und kirchliche Gemeindevertretungen sind sie schon gewählt und machen ihren Einfluß gegen das Deutschtum geltend; sogar ein polnischer Stadtverordneter (Zentrum) existiert in Castrop. Das polnische Vereinswesen dehnt sich ständig aus: die 126 Polenvereine in Westfalen zählen etwa 12 000 Mitglieder; hierbei sind nicht mitgezählt die Mitglieder des staatsfeindlichen Polenbundes, des polnischen Gewerkvereins und des sog. Josaphatfonds. Jeder zweite Pole ist Mitglied eines polnischen Vereins, und alle Vereine haben nur ein Ziel: die Wiederaufrichtung des Königreichs Polen! Und dieser „fromme Wunsch“ kommt bei allen polnischen Festlichkeiten, die bei dem guten Verdienst in der Industriegegend recht zahlreich sind, scharf zum Ausdruck.

„Aus all diesen Angaben geht hervor, daß die polnische Gefahr in Westfalen auch nicht zu unterschätzen ist, und daß energische Maßregeln ergriffen werden müssen, wenn das Deutschtum in dieser Gegend nicht mehr in den Hintergrund gedrängt werden soll. Und ähnlich wie im westfälischen sieht es auch im rheinischen Industriegebiet aus.“

Das ist doch ein recht absurdes scharfmacherisches Gejammer. Wer ist es denn, der die „polnischen Niederlassungen“ in Westfalen zu stande bringt? Das „gutgesinnte“, das „nationale“ Grubenherrentum. Worin könnten die energischen Maßregeln gegen die „Polengefahr“ bestehen? Ohne Zweifel denkt man an ein scharfes polizeiliches Abwehrregiment, das in erster Linie die Unterdrückung der freien Bewegung der Polen sich zur Aufgabe macht und — damit der polnischen Opposition natürlich nur Vorschub leistet.

Mit welchem Recht ruft man nach „energischen Maßregeln“ gegen die Polen? Man will sie ja gerade als Bürger des preußischen Staates behalten. Da soll man ihnen auch ihr Staatsbürgerrecht lassen. Aber man will ihnen ihre Nationalität nehmen, beschränkt sie in jeder Hinsicht im Gebrauch ihrer Muttersprache und ruft damit ganz selbstverständlich die Gegenwehr hervor. Die kleinlichen Anfeindungen der Polen verhindern die Assimilierung mit den Deutschen. Und durch die Bedrängungen wird die stille Sehnsucht nach der Wiederherstellung Polens nur genährt statt getötet. Was die Polen zu einer „Gefahr“ für unsere nationalen Chauvinisten macht, ist eben die Drangsalierungspolitik, die gegen sie geübt wird.

Keine politische Beamte zu Landtagsabgeordneten zu wählen, fordert die agrarisch-konservative „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt auf:

„Was die Tätigkeit des nächsten Landtags anlangt, so birgt auch sie die Möglichkeit von Konflikten, selbst dann, wenn die Mittellandkanalvorlage, wie augenblicklich zu erwarten ist, zurückgestellt werden sollte. Der bevorstehende Landtag wird sich voraussichtlich u. a. mit der Schulunterhaltungspflicht zu befassen haben. Es läßt sich sehr wohl denken, daß auf diesem Gebiete der Volksvertreter in einen scharfen Konflikt mit der Auffassung der Staatsregierung geraten kann.“

Die preußische Regierung hat verschiedentlich erklären lassen, daß sie eine Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht beantragen, über diese Aufgabe jedoch nicht hinausgehen werde. Das Zentrum aber betont in seinem Wahlaufrufe, es müsse erwarten, „daß die anderen mit dieser Frage in untrennbarem Zusammenhange stehenden Fragen gleichzeitig geregelt werden, daß insbesondere der konfessionelle Charakter unserer christlichen Volksschule in Preußen gesetzlich festgelegt wird“. In dem gleichen Sinne haben sich die Konservativen in ihrem neuen Wahlbüchlein ausgesprochen.

Die „Voss. Ztg.“ folgert daraus: „Die Regierung wird also den Konflikt haben, falls sie nicht vorzieht, ihren Gesetzentwurf zurückzustellen. Eine offiziöse Kundgebung deutete auch bereits gestern an, die Sache steht noch in weitem Felde, da erst die Vorbereitungen beendet worden seien. Graf Bülow will keine inneren Krisen, und somit kann es sehr wohl geschehen, daß die Entlastung der Bauern des Ostens von ihren schweren Schullasten erst „seinerzeit“ erfolgt.

Mit einer Spaltung der Freisinnigen Vereinigung, die eben erst durch die Nationalsozialen einen kleinen Zuwachs an Offizieren erhalten hat, droht die „Weserztg.“, falls ernstlich Versuche eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen gemacht werden sollten. Das zur Freisinnigen Vereinigung zählende Organ preist die Politik des Richterschen Flügels, der mit den Nationalliberalen zusammen Wahlgeschäfte zu machen sucht, und schreibt dann:

„In der weit kleineren Freisinnigen Vereinigung ist zwar hier und da Beifall für die Bundesgenossenschaft mit den Sozialdemokraten laut geworden, daneben aber auch kräftiger Widerstand. Wir erfahren aus verschiedenen Wahlkreisen, daß die dortigen Parteifreunde eine ebenso unbeugsame Abneigung gegen den Gedanken haben wie die bremischen, welch letztere zwar an der preußischen Landtagswahl unbeteiligt sind und die dieserhalb gebotene Zurückhaltung beachten, sich jedoch nicht nehmen lassen, die Schritte der mit ihnen in Reichstagsangelegenheiten eng verbundenen Partei zu beurteilen. Wir haben Grund, die Weigerung einer Anzahl von Parteigenossenschaften für unabänderlich zu halten. Auf wie viele Wahlkreise dies zutrifft, wissen wir nicht und weiß niemand; ebenso ist es unbekannt, wie viele entgegengesetzter Ansicht sind. Gewiß ist aber eins. Durchführbar ist der Gedanke des Wahlbündnisses mit der Sozialdemokratie nur unter Spaltung der kleinen Partei der Freisinnigen Vereinigung. Das sollten selbst diejenigen bedenken, die ihn für richtig halten. Sie wollen das liberale Bürgertum einigen und beginnen damit, indem sie eine neue Spaltung hervorrufen. Das Gros des liberalen Bürgertums sammelt sich soeben zu einem gemeinsamen Wahlkampfe der Nationalliberalen mit der Freisinnigen Vereinigung; wer sich als Sonderbündler abseits hält und mit den Sozialdemokraten geht, verursacht eine neue Spaltung. Das muß, wir wiederholen es, selbst derjenige anerkennen, der den Gedanken für richtig hält.“

Zum Schluß wird ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie als die Besiegelung des Unterganges der Freisinnigen Vereinigung bezeichnet. Es wird da etwas bekämpft, was gar nicht in Frage steht, denn von einem eigentlichen Wahlbündnis ist keine Rede. Es handelt sich nur darum, daß die Freisinnigen eventuell die sozialdemokratischen Kandidaten gegen die Reaktionäre unterstützen, wofür den Freisinnigen von sozialdemokratischer Seite die gleiche Hülfe zu teil werden würde. Daß man es anders darstellt, kann nur den Zweck haben, die Feigheit der freisinnigen Spießbürger zu bemänteln, die fürchten, geschäftlich Schaden zu leiden, wenn sie für einen Sozialdemokraten stimmen, die aber auch von so ausgeprägter Klassenfeindschaft gegen die Arbeiter beseelt sind, daß sie lieber die geschworensten Feinde des Liberalismus wählen, als der Sozialdemokratie die geringste Hülfe leisten.

Ueber den Bau des Mittellandkanals für Privatrechnung hat der nationalliberale Abgeordnete Baurat Wallbrecht in Hannover bei Gelegenheit des nationalliberalen Delegiertentages bemerkenswerte Mitteilungen gemacht, wie folgt: Als im Jahre 1899 der Kanal abgelehnt wurde, traten die Kanalinteressenten zusammen und sagten sich: wir müssen einfach den Kanal selbst bauen, wenn die Regierung die Konzession erteilt. Wir kamen nach Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung zu dem Resultat, daß der Kanal aus Privatmitteln zu bauen ist. Oberbaudirektor Franzius-Bremen und Generaldirektor Bellingrath-Dresden gingen über unsere Rentabilitätsberechnung sogar noch hinaus. Es ist mir damals gelungen, von den Interessenten 100 Millionen aufzubringen, die übrigen 200 war der verstorbene Herr v. Siemens zu übernehmen bereit. Der Plan wurde den Ministern und dem Fürsten Hohelohe vorgelegt. Herr v. Thielen stand der Sache kühl gegenüber, Miquel war heute dafür, morgen dagegen und nur Reichskanzler Fürst Hohenlohe war ein entschiedener Freund des Projekts. Wir wollten die Konzession nur für den Fall, daß der Kanal wieder abgelehnt würde. Die Verhandlungen wurden aber durch Thielen in die Länge gezogen; er sagte, er habe die Sache einer Kommission zur Prüfung überwiesen. Nachdem ich fünfmal in sechs Monaten bei ihm war, erhielt ich die Nachricht, die Regierung wolle die Konzession nicht erteilen. Inzwischen war auch Hohenlohe aus dem Amte geschieden, und der jetzige Reichskanzler brachte der Angelegenheit anscheinend kein Interesse entgegen; ich habe wenigstens von ihm nicht einmal eine Antwort bekommen. Nachher habe ich auch erfahren, daß die von Herrn von Thielen (der das Wort sprach: „Gebaut wird er doch!“) eingesetzte „Kommission“ überhaupt niemals zusammengetreten ist.

Gegen den Zehnstundentag für weibliche Arbeiter hat sich der Zentralverband deutscher Industrieller erklärt. Die Tatsache ist so selbstverständlich, daß wir davon gewiß keine Notiz genommen hätten, denn dieser Verband ist gegen jede Maßregel zu Gunsten der Arbeiter. Was uns veranlaßt, es unseren Lesern mitzuteilen, ist die Begründung der Gegnerschaft. Die „Köln. Ztg.“ berichtet hierüber:

„Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Aussprache über die zehnstündige Arbeitszeit der Arbeiterinnen, worüber Bueck berichtete. Die Versammlung war darin einig, daß eine obligatorische Herabsetzung der Arbeitszeit für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer der industriellen Betriebe die schwerste Schädigung mit sich bringen und vor allem auch, wie Abg. Dr. Beumer hervorhob, die Landwirtschaft aufs ungünstigste beeinflussen würde, da eine derartige gesetzliche Maßregel die Landflucht erheblich vermehren und auch in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Bestrebungen nach Herabsetzung der Arbeitszeit befördern werde.“

Also die Landflucht der Arbeiterinnen würde vermehrt und das Drängen auf Herabsetzung der Arbeitszeit würde auch auf dem Lande um sich greifen. Wenn aber, wie Bueck behauptet, die Arbeiter durch die Herabsetzung der Arbeitszeit „geschädigt“ werden, wie kann dann die Landflucht und das Streben nach gleichen Zielen um sich greifen? Sollten die Mädchen vom Lande solche Duldernaturen sein, daß sie mit ihren Schwestern in der Industrie gemeinsames Leid tragen wollen? Herr Beumer erkennt den Nutzen, den die Industriearbeiter haben, und sucht nun die Agrarier mobil zu machen. Der Hinweis auf die Landwirtschaft kommt immer, wenn Vernunftgründe fehlen.

Die Landtagsersatzwahlen in Anhalt, über deren Resultat wir schon gestern berichteten, hat für die

---

]97] (Nachdruck verboten.)

Jena oder Sedan?

Roman von Franz Adam Beyerlein.

Das alles sprach der Greis mit einer rührenden Bescheidenheit. Er gab sich beständig Mühe, eine militärische Haltung einzunehmen, und ließ keine der üblichen Respektsanreden weg, nicht anders, als wäre er noch in seiner alten Feldwebeluniform und stände vor seinem gestrengen Vorgesetzten. Dabei rannen ihm Tränen über die gebräunten und gefurchten Wangen in den schlohweißen Bart, und wenn er sich aus seiner gebückten Stellung aufzurichten versuchte, klirrten die Orden auf seiner Brust leise aneinander.

Wegstetten hatte wenig Trost für den alten Mann.

Er sagte ihm, wie dem Sohne von allen Seiten, von Offizieren und Unteroffizieren, in der Gerichtsverhandlung nur das allergünstigste Zeugnis ausgestellt worden sei, wie er als Batteriechef sich gefreut habe, einen so tüchtigen Unteroffizier für seine Batterie gewonnen zu haben, und wie allerdings nur das Ungeschick eines neu in die Truppe zurückgetretenen Offiziers den unangenehmen Vorfall veranlaßt habe.

Das Antlitz des Chausseegeldereinnehmers verklärte sich bei den Lobesworten des Hauptmanns. Er atmete auf. Gott sei Dank! Dann konnte es gar nicht schlimm werden mit dem Jungen! Ein paar Wochen Arrest — damit war die Sache abgetan.

Aber Wegstetten erzählte weiter von dem übelangebrachten Trotz des Soldaten, und schließlich mußte er wohl oder übel dem Vater des Verurteilten die verhängte Strafe mitteilen.

Fünf Monate Gefängnis!

Das traf den Chausseegeldereinnehmer wie ein Schlag. Er wankte, und der Hauptmann mußte ihn stützen.

Die Schwäche ging bald vorüber, und Friedrich August Vogt bat um Entschuldigung. Aber er hörte nicht mehr darauf, was der Batteriechef zur Begründung des harten Urteils ausführte. Es war ihm ein zu klaffender, zu schreiender Widerspruch: hier das Vergehen, das geringfügige Vergehen, das ein so guter, braver Soldat, wie es sein Junge nach dem allgemeinen Urteil war, in einer augenblicklichen Aufwallung sich hatte zu schulden kommen lassen, in einer Aufwallung noch dazu, die zugestandenermaßen hatte — und da die ungeheuerliche Strafe von fünf Monaten Gefängnis! Dieser Gegensatz zwischen Verschuldung und Strafe wollte ihm nicht in den Kopf.

Er ging schweigend neben Wegstetten her, der lebhaft auf ihn einredete. Vor dem Tor des Gerichtsgebäudes blieb er stehen. Er nahm Stellung und wollte sich von dem Hauptmann verabschieden.

Da fragte der Offizier noch: „Vielleicht wollen Sie Ihren Sohn einmal sprechen? Ich will Ihnen gern die Erlaubnis vermitteln.“

Der Chausseegeldereinnehmer antwortete: „Zu Befehl, Herr Hauptmann. Wenn Herr Hauptmann die Güte haben wollten.“

Das war rasch getan. Wegstetten wechselte ein paar Worte mit dem Vorstand des Festungsgefängnisses und kehrte mit dem Erlaubnisschein zurück. Er brachte selbst den alten Mann bis zum Tore der Gefangenenanstalt.

„Nehmen Sie es nicht allzu schwer, Herr Vogt!“ sprach er beim Abschied. „Ihr Sohn hat eine menschlich erklärliche Verfehlung begangen und ist dafür sehr hart, aber gerecht bestraft worden. Ein ehrlicher Soldat bleibt er trotzdem.“

„Zu Befehl, Herr Hauptmann,“ erwiderte der Chausseegeldereinnehmer.

Er sah dem kleinen Offizier finster nach. Was waren das alles für Redensarten?! Sollte das ein Trost sein, daß sein Junge wenigstens kein ehrloser Lump war? Er wußte am besten, was er an seinem Kinde hatte, er kannte es am besten! Bravheit und Ehrlichkeit, die waren untrennbar von dem Franz. Das brauchte ihm keiner zu sagen.

Aber hatten sie den armen Burschen nicht ebenso streng bestraft, als wenn er gestohlen hätte? Mancher Dieb kam glimpflicher weg als der Junge. Jawohl, so lief die Sache aus; sie hatten den Jungen zu einer entehrenden Strafe verurteilt — warum? — weil er zu viel Ehrgefühl im Leibe gehabt hatte! —

Er schellte heftig an der Eingangstür des Gefangenengebäudes. Ein Einlaßposten öffnete ihm, nahm ihm die Besuchserlaubnis ab und führte ihn in ein Wartezimmer.

„Ich werde den Herrn Hausinspektor benachrichtigen,“ sagte er an der Tür.

Der Chausseegeldereinnehmer stand in dem kahlen, getünchten Raume. Zwei Rohrstühle befanden sich als einziges Mobiliar darin und — richtig! — in der Ecke noch der unvermeidliche Spucknapf. Das Fenster ging auf einen Hof hinaus, der rings im Viereck von hohen Gebäuden umgeben war. Die Mauern ließen nur ein trübes Licht in das Zimmer fallen; es schien, als ob auch das Fenster des Warteraums, das hoch und breit war, klein und vergittert wäre, wie diejenigen, die wie halbblinde Augen aus den kahlen Wänden herausstarrten. Im Hofe kehrte eine Anzahl von Häftlingen das Pflaster. Sie waren in graues Zeug gekleidet und hatten blaue Schürzen vorgebunden. Am Rande des Platzes patrouillierte ein Posten auf und ab. Die Gefangenen standen in einer Reihe und verrichteten taktmäßig ihre Arbeit. Die lange Zeile von Menschen nahm sich wie eine große Kehrmaschine aus.

Der Chausseegeldereinnehmer trat vom Fenster zurück. Er konnte den Anblick nicht ertragen. Fortwährend mußte er dabei an seinen Jungen denken, der vielleicht morgen schon mit in der Reihe kehrte. Diese Luft bedrückte ihm die Brust — beinahe kam er sich selbst wie ein Gefangener vor.

Nun wurde die Tür des Wartezimmers geöffnet, und der Hausinspektor erschien auf der Schwelle, ein langer, dürrer Mensch mit einem lederfarbigen Gesicht. Er zog einen Hornklemmer hervor und prüfte den Erlaubnisschein. Von dem Papier wanderten seine Augen erstaunt zu den Orden auf der Brust des Veteranen. Er schüttelte mißbilligend den Kopf und gab zur Tür hinaus einen Auftrag.

Kurze Zeit darauf meldete ein Grenadier im Ordonnanzanzug: „Gefreiter Vogt zur Stelle.“

„Lassen Sie ihn ein!“ befahl der Inspektor. Dann wandte er sich um und schaute zum Fenster hinaus.

Franz Vogt ging ruhig auf den Vater zu. Er sah ihm mit einem freien, offenen Blick in die Augen.

„Guten Tag, Vater!“ sagte er einfach.

Der Chausseegeldereinnehmer griff mit beiden Händen nach der Rechten des Sohnes und drückte sie lange und innig. Dabei traten ihm Tränen in die Augen, und er sah den Sohn nur wie durch einen Schleier. Gottlob trug der Junge noch seinen Artilleristenrock. Es blieb dem alten Mann erspart, ihn in der grauen Gefängnistracht zu erblicken.

Da der Vater schwieg, begann der Sohn zu reden. Er erzählte in seiner schlichten, treuherzigen Art, wie diese unglückselige Geschichte sich abgespielt hatte, er schilderte getreu, was zu seinen Gunsten sprach, aber er gab auch ohne weiteres seine Schuld zu.

„Weißt Du schon, Vater,“ schloß er, „wozu ich verurteilt bin?“

Der Chausseegeldereinnehmer nickte

Franz blickte bekümmert zu Boden und fuhr leise fort: „Es scheint mir sehr hart, Vater.“

Er spürte einen heftigen Druck der Hand und sah den Vater wiederum bejahend den Kopf neigen.

„Ich hätte es mir selbst zuzuschreiben, sagte der Unteroffizier,“ redete der Gefangene weiter. „Sie haben mich gefragt, ob ich die Sache bereute. Da hab' ich „nein“ geantwortet. Das wäre dumm gewesen, meinte der Unteroffizier. Aber ich konnte nicht anders. Und ich würde auch jetzt wieder „nein“ antworten müssen.“

Da tat der Chausseegeldereinnehmer zum ersten Male den Mund auf, seitdem der Sohn in das Zimmer getreten war.

„Recht hast Du!“ sagte er laut und scharf, so daß der Inspektor am Fenster ein wenig zusammenzuckte und sich räusperte.

Nachdem er sein Kind wiedergesehen hatte, diesen braven, ehrlichen Jungen, der ganz gewiß nirgends in seiner Bravheit und Ehrlichkeit nachgelassen hatte, war eine Wandlung in ihm vorgegangen. Der Junge war ein williger, pflichttreuer Soldat gewesen, wie es williger und pflichttreuer keinen geben konnte — das bezeugten ihm alle — und trotzdem sperrten sie ihn wegen einer Lumperei fünf lange Monate ein! Ei zum Teufel! Was hatte es dann für einen Zweck, ein guter Soldat zu sein? Mit einem Male spürte er keinen Tropfen mehr von dem gehorsamen, respektvollen, Soldatenblut des alten Feldwebels in seinen Adern, jetzt war er nur mehr ganz ein Bauer, der mit seinem harten Kopf auf dem besteht, was er für recht erkannt hat, ein Bauer, der sich mit blinder Hartnäckigkeit gegen jeden Einwand verschließt und mit der ganzen Person für seine Ueberzeugung eintritt.

„Recht hast Du!“ sagte er nochmals. „Und Recht hast Du gehabt!“

Der Sohn war einsichtsvoller als der Vater, obwohl ihn die Strafe traf.

„Das ist Dein Ernst nicht, Vater,“ erwiderte er, „ich weiß, daß ich schuldig bin. Aber so, daß die Strafe so hart würde, doch nicht. Ich kann ja auch appellieren.“

Der Chausseegeldereinnehmer lachte leise auf.

„Daß Du ein Dummkopf wärst!“ versetzte er. „Daß sie Dir noch mehr aufbrennen! Nein, Junge, wenn Du auf mich hören willst, laß das, das Appellieren! Wenn sie Dir unrecht gekommen sind, dann trag' die Ungerechtigkeit mit Stolz — auch diese Zeit geht vorüber! Aber bettle nicht um Gerechtigkeit!“

Franz Vogt senkte traurig den Kopf. Er hatte gehofft, das Oberkriegsgericht würde seine Strafe ermäßigen, aber was ihm der Vater riet, das mußte schon das Rechte sein.

Der Inspektor am Fenster drehte sich herum. Die Besuchszeit war abgelaufen.

Noch einmal umfaßte der Sohn die ehrwürdige Erscheinung des Vaters mit einem liebevollen Blicke.

(Fortsetzung folgt.)